

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“ und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Haupt-Expedition, Kurze 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Zigarrengeschäft Reichel, Wallstraße 140, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 6 Goldpfennige, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5161.
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärtig 17 Pf. Anzeigen unter 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienangelegenheiten, Stellenangelegenheiten, Verlobungs- und Wohnungsangelegenheiten 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das heißt Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Um die Handelsverträge.

Ein Vermittlungsvorschlag zwecks Abbruch des Zollkrieges mit Polen.

Da die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen bisher kein Resultat ergeben haben, unter anderem auch wegen der Begehrung Polens, Deutschland die personelle Reichbegünstigung zurückzugeben, so hat Deutschland den Vorschlag eines Handelsprovisoriums vorgebracht, um die Verschärfung des bereits begonnenen Zollkrieges zu vermeiden. Obgleich man sowohl in Warschau wie in Berlin vorläufig noch abzuleugnet, daß die bereits verhängten Kampfmaßnahmen schon den Zollkrieg darstellen, während das die ostdeutsche und die westpolnische Wirtschaft bereits kräftig zu spüren bekommen. Bei dem entscheidenden Wert, den die Polen auf eine Verlängerung der Kohlenabnahme legen, hat die deutsche Regierung vorgeschlagen — Korsantyn hat diese Forderung in Warschau veröffentlicht —, 60000 Tonnen ostbereschischer Kohle weiter nach Deutschland einzulassen. Man sagte sich, wohl wahr, daß, wenn man durch vollständige Ablehnung weiteren Kohlenbezuges aus Polen zu einem Wirtschaftskrieg käme, die deutsche Bergbauindustrie ihre bestmögliche Ausfuhr nach Polen verlieren könnte.

deutsche Fertigerzeugnisse verlangte Garantie für die Wahrung eines jährlichen Kontingents lehrreicher Eisen- und Eisenhaltungs von privatwirtschaftlichen Vorteilen abhängig zu machen. Die beiden Handelsvertrags-Delegationen aber scheinen geduldig abzuwarten zu wollen, bis sich die Magnaten von diesseits und jenseits der Grenze auf dem Rücken der deutschen und der französischen Verbraucher geeinigt haben werden. Bei der Zusammenlegung der gegenwärtigen deutschen Regierung wird man sich allerdings kaum wundern dürfen, wenn sie die Handelsvertragsverhandlungen ausschließlich nach den Wünschen der Schwerindustrie führen läßt. Um so mehr aber hätten Reichstag und Reichswirtschaftsrat Anlaß, den Herren Luther, Neuhaus und Konsorten ins Gedächtnis zu rufen, daß es außer den Kohlen- und Eisenbarren der Ruhr noch andere sehr wichtige Faktoren keineswegs identisch sind mit denen der Schwerindustrie.

Ablehnung der Zollvorlage im Reichswirtschaftsrat.

Der Zollpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat am Sonnabend seine Beratungen über die Zollvorlage der Regierung abgeschlossen. Dem Ausschuss legen eine große Anzahl von Anträgen vor.

Der Ausschuss hat erstens die Zollvorlage der Regierung als Ganzes ablehnt.

Er hat weiter ausgesprochen, daß die Vorlage der Regierung kein geeignetes handelspolitisches Instrument zur Herbeiführung langfristiger Handelsverträge sei.

Schließlich hat er erklärt, daß für die augenblickliche Situation der Nachweis der Notwendigkeit des Zollschutzes für den Getreidebau nicht erbracht sei.

Die Regierung befindet sich mit ihrer Zollpolitik also nicht nur im Widerspruch mit der Wissenschaft, sondern auch mit der obersten gutachtenden wirtschaftlichen Körperschaft des Reiches.

Die Verhandlungen der Reichsregierung über die Militärkontrollnote

dürften schon in den nächsten Tagen beginnen. Der Chef der Interalliierten Militär-Kontrollkommission, General Walsh, ist mit seinem Stabe bereits nach Berlin zurückgekehrt, um zu verhandeln. Es ist bekannt, daß Walsh ein Gegner der Militärkontrollnote ist. Er hat die über 300 Personen umfassende Kontrollkommission im Verlauf seiner Amtszeit bis auf 97 Offiziere abgebaut. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit der Erfüllung der in der Kontrollnote aufgestellten Forderungen innerhalb von sechs Monaten.

Die Garantiepatnote.

Paris, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der „Petit Parisien“ meldet am Sonntag, daß der französische Botschafter in Berlin bereits im Besitze der Antwort auf das deutsche Garantieangebot vom 9. Februar ist. Ihre Übergabe sei jedoch erst für den Dienstag geplant, da die erwartete Zustimmung Italiens bisher noch nicht eingetroffen sei. Die Veröffentlichung soll 48 Stunden nach ihrer Überreichung, also am Donnerstag, erfolgen. Neben dem Inhalt glaubt das Blatt folgende Mitteilungen machen zu können: Die französische Note zeichne sich durch besondere Klarheit und Präzision aus. Sie betone das Interesse, das die französische Regierung an einem positiven Erfolg der angeleiteten Verhandlungen habe und weise auf die Notwendigkeit hin, noch vor Beginn der nächsten Völkerbundstagung damit zu Ende zu kommen, um so Deutschlands Eintritt in den Bund nicht abzuwehren um ein Jahr hinaus zu schieben. Um jedes neue Mißverständnis zu vermeiden, lege die französische Regierung besonderen Wert darauf, daß die deutsche Antwort ebenfalls in schriftlicher Form erfolge und die in der französischen Note aufgeworfenen Fragen unabweisbar klarstelle. Erst danach könne man die Eventualität mündlicher Verhandlungen ins Auge fassen. Die deutsche Regierung, führt das Blatt fort, werde gut daran tun, sich bei der Abfassung ihrer Antwort die Tatsache vor Augen zu halten, daß die französische Note die rückhaltlose Zustimmung Englands, Belgiens, Polens und der Tschechoslowakei gefunden habe. Die Haltung Italiens könne bestimmt zu werden von der englischen Regierung, die für den Westen ausgebenen Garantien auch auf den Brenner auszuweiten. Italien werde es unter diesen Umständen wahrscheinlich ablehnen, dem Sicherheitspakt für den Rhein beizutreten. Dagegen könne schon jetzt mit Bestimmtheit mit der Zustimmung Italiens zu dem von Frankreich betriebenen Ausbau des Systems internationaler Garantieverträge gerechnet werden, für das der Rheinpakt lediglich das Fundament darstelle.

Sowjetrussische Drohung gegen den deutschen Paktvorschlag.

Die Moskauer „Wostok“ warnt am kommenden Sonntag Deutschland nachdrücklich vor einer Fortsetzung seiner jetzigen Politik. Durch den Vorstoß seines Garantiepaktes habe sich Deutschland vom französischen Druck befreit und den Zutritt zum Völkerbunde erwirken wollen; doch werde es im Völkerbunde dem englischen Einfluß verfallen. Gegenstandslos seien die deutschen Hoffnungen, daß man es Deutschland gestatten werde, dem Völkerbunde beizutreten, ohne sich den Artikeln 10, 16 und 17 über die Beteiligung an Exekutionen gegen andere Staaten zu unterwerfen. Diese Artikel seien auf den Sowjetbund zugeschnitten und würden Deutschland zum Waffenpaß für Angriffe gegen Sowjetrußland machen. (?) Wenn Deutschland trotz der russischen Warnungen diesen Schritt dennoch unternähme, werde der Sowjetbund seine Interessen auf anderen Wegen schützen müssen, die an der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland vorbeizühen. Ohne daß das Blatt dies ausdrückt, hat es offenbar eine russisch-polnisch-französische Entente im Auge, über deren Möglichkeit in kurzer Zeit von russischer wie von polnischer Seite wiederholt Andeutungen gemacht worden sind. Doch dürfte eine solche Entente kaum zu verwirklichen sein und nur russischen Sturz bedeuten.

Die Korsantynsche „Kozepopolita“ schreibt dazu am Sonnabend: Die Anwendung polnischer Maximalzölle auf deutsche Einfuhrwaren käme als Antwort auf die deutsche Kohlenzölle nicht in Frage, weil dies, solange die Handelsvertragsverhandlungen dauern, eine Inkonsequenz wäre. Polen werde sich mit Gegenmaßnahmen auf dem Reglementierungsgebiete beschränken müssen.

Diese Warnung Korsantyns, der als oberster Richter unternehmer kein Interesse am Zollkrieg hat, richtet sich gegen die Aufhebung einer neuen Serie von Erhöhungen polnischer Einfuhrzölle, die Deutschland noch schwerer treffen würde als die erste, hauptsächlich auf Luxuswaren bezügliche Serie, die immerhin auch für die deutsche Bergbauindustrie (ebenso wie für die französische und schwedische) bereits fühlbar genug war.

Die „Frankfurter Zeitung“ macht gestern zu dieser Frage folgende beachtenswerten Ausführungen:

„Sicherlich hat auch Deutschland an der Fortsetzung dieser Verhandlungen ein starkes Interesse, nicht nur weil der deutsch-polnische Außenhandel sehr stark entwickelt ist und Polen ein guter Abnehmer für deutsche Ware ist, sondern auch aus politischen und nationalen Gründen. Man darf zunächst sagen, daß die Höhe des deutschen Kapitals in Ostbereschien immer noch etwa 60 Prozent der Gesamtkapitalien beträgt, daß also zum mindesten das finanzielle Interesse an Ostbereschien noch sehr stark ist und auch von Deutschland alles getan werden muß, um einen weiteren Rückgang der wirtschaftlichen Position des deutschen Elements in Ostbereschien zu verhüten. Auch ein weiterer Abstrom der deutschen Bevölkerung müßte vermieden werden, wenn die Polonisierung Ostbereschiens nicht weitergeschritten soll. Die deutschen Bergarbeiter sind zwar schon zum großen Teil nach Deutschland abgewandert, aber Arbeiter, Steiger und höhere Beamte sind, auf Grund des Genfer Abkommens zum größten Teil noch dort geblieben, ohne polnisch zu werden oder für Polen zu optieren. Es wäre sehr bedauerlich, wenn diese wertvollen deutsch-polnischen Beamten und Angestellten das Land verlassen müßten, weil sie keine Arbeit mehr finden. Wir meinen also, daß auch die deutsche Regierung in den Verhandlungen mit Polen bis zur äußersten Grenze ihres Entgegenkommens gehen müßte.“

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen immer noch in der Schwebe!

Wegen schwerindustrialischer Forderungen!
Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen haben, obwohl sie sich seit nunmehr über acht Monaten hinziehen, bisher zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Seit März, wo man sich grundrissig darüber geeinigt hat, daß Deutschland gegen entsprechende Konzessionen in dem provisorischen Modus vivendi-Abkommen in dem spätestens zehn Monate danach an dessen Stelle tretenden endgültigen Vertrag die Begünstigung erhalten soll, ist kein nennenswerter Fortschritt mehr erzielt worden, so daß angesichts der vorgerückten Zeit und vor allem im Hinblick auf die Tatsache, daß das französische Parlament, ohne dessen Zustimmung das Abkommen nicht in Kraft treten kann, schon in wenigen Wochen in die Ferne geht, mit dem Abschluß einer Konvention kaum mehr vor dem Spätherbst gerechnet werden kann. Die Folge davon wäre, daß der vertragslose Zustand, der seit dem 10. Januar zwischen Deutschland und Frankreich besteht und der den normalen Güteraustausch zwischen beiden Ländern aufs schwerste beeinträchtigt, bis zum Jahresrückblick dauern wird.

Eine Rundgebung des ADGB.

Gegen Wirtschaftsreaktion und Unternehmer-Forderungen.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der heute zu wichtigen Beratungen zusammengetreten ist, erläßt folgende Rundgebung:

Die am 12. Mai von der „Bereinigten Deutschen Arbeitervereine“ an die Reichsregierung gerichtete neuerliche Denkschrift über Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftskrisis und Währung verlangt den Ausschluß des ADGB, gegen die völkische und irreführende Darstellung über die Grundlagen der deutschen Wirtschaft und die Auswirkungen der von den Gewerkschaften vertretenen Lohn- und Arbeitsmarktpolitik ernsthafte Bemerkungen einzulegen. Die Unternehmer haben wiederholt in Verschriften an die Regierung und in der Öffentlichkeit den von ihnen mit allen Mitteln in verbotenen Standpunkt, durch Erhalten der Wähe, verbunden mit noch weiterer Drohung des Ausbaus der Wähe, und durch unerträgliche Verlängerung der Arbeitszeit die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft zu überwinden, zu rechtfertigen versucht. Die Gewerkschaften haben demgegenüber stets den von den Unternehmern geforderten Weg als durchaus falsch, als unerträglich für die deutschen Arbeitnehmer und auch als für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll abgelehnt und bekämpft. Sie werden dies auch weiter tun.

den außerdeutschen Ländern liegen teils ganz beträchtlich über dem deutschen Löhnen, und selbst wo sie nominell den deutschen Löhnen gleich sind, zeigen sie im Gegensatz zu Deutschland im Vergleich zur Vorkriegszeit eine wesentliche Erhöhung, so daß die deutsche Industrie im Wettbewerb mit diesen Ländern von der Lohnseite her heute mindestens nicht ungünstiger als früher gestellt ist.

Die meisten Sozialisten sind, gemessen an der allgemeinen Lebenshaltung, nicht über die Belastung in der Vorkriegszeit hinausgewachsen.

Sowohl durch Entlassungsdruck und dergleichen früher eine indirekte Soziallast entstand, ist solch jämmerlich mit den Demobilismusbestimmungen verschwunden. Der Unternehmer ist daher in der Lage, uneingeschränkt von sich aus die Arbeits- und Betriebsführung durchzuführen. Das Ausland, das bis zum Kriege auf sozialpolitischem Gebiet hinter Deutschland zurückblieb, war genötigt, gleichfalls soziale Einrichtungen zu schaffen, deren Kosten sogar in einigen Ländern beträchtlich über die Aufwendungen der deutschen Wirtschaft hinausgingen.

Die Behauptung, daß Produktion und Güterumsatz heute nur 70 Prozent des Vorkriegsniveaus betragen, während die Kosten der einzelnen Arbeitskraft 60 bis 100 Prozent über dem Vorkriegsniveau liegen, ist unrichtig und beweislos.

Weder ist die behauptete Kostensteigerung beweisbar — Lohnhöhe und Soziallast beweisen sogar das Gegenteil —, noch kann die Bereinigung der Arbeitsverhältnisse irgendeinen Beweis erbringen, daß die Produktivität auf 70 Prozent gesunken sei. Die Behauptung, daß die Kosten der Arbeitskraft heute 100 Prozent betragen, ist ebenfalls unrichtig. Die Kosten der Arbeitskraft hat den Anfall an Arbeitszeit miteinbringend ausgedrückt, wenn nicht überholt. Wer auch hinsichtlich der Arbeitszeit in Deutschland im Wettbewerb nicht ungünstiger gestellt ist, weil auch das Ausland meist in sehr viel höherem Ausmaß wie Deutschland die Arbeitszeit verkürzt.

Deutschland krankt nicht an einer für seine Wirtschaft gefährlichen Entwicklung der Wähe und Arbeitszeit der Arbeitnehmer, sondern an dem

Streben der Unternehmer, so sehr als möglich ihren persönlichen Profit zu erhöhen

und einzeln den Arbeitnehmern die Last des Wiederarbeitens der durch den Weltkrieg und seine Folgenresultate verursachten Wirtschaft anzuhängen.

Auf zum Johannistfest

gegenüber der Jahrhunderthalle in Scheitnig

Voranzeige!
Dienstag von 6 bis 8 Uhr:
Abendmeeting des Leichtathletik-Verbandes
auf unserem Sportplatz.

Dauernde Vorführung aller Sehenswürdigkeiten

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf.

Am 13. Juni verschied nach langer Krankheit unser Mitglied
Herr Carl Hansmann
im Alter von 47 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Scheitnig
Beerdigung: Dienstag, nachmittags 4 Uhr, vom Pohlenowitzer Friedhof.

Lieblich-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der Sensations-Erfolg!
Der Stolz der 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
Donne und Gogna
die Straßenszenen.
Herrmann Mestrum
der Meisterbarometer.
Hickey's Circus
der größte Lachertel
und die
Internationalen Attraktionen.

St. Hubertus-Festsäle
empfehlen
separat geleit. Vereinszimmer u. Saal
für Vereine u. Festlichkeiten
Sonntag und Dienstag
öffentlicher Tanz
Dienstag verkehrter Ball!
Damen Eintritt und Tanz frei!

Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, N. Graunauerstr. 5

Nähmaschinen
empfehlen bei weitgehender Zahlungsvereinfachung
Alfred Schlesinger, Schmiedebriicke 29 a.

Stadttheater.
Montag 7 1/2 Uhr:
Dröben in der Aderwelt.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Der 25. Mai.
Mittwoch 8 Uhr:
„Kriegsjahr“.
Freitag:
„Kriegsjahr“.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telefon Ring 2545
Täglich 8 Uhr: 2217
„Anneliese von Dessau“.
Uraufführung am 3. Juni:
Zur 25. Mai!

„Anneliese von Dessau“.
Uraufführung am 3. Juni:
Zur 25. Mai!

Inho-Theater
Tel. R. 674 u. R. 670.
Montag, Dienstag, abends 8 Uhr:
Wer weist am Schmalen
Tragikomödie v. H. Rehfisch.
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr:
in kleinen Preisen
Stimmen von Marzahn
Lesespiel von E.G. Lessing.

„Anneliese von Dessau“.
Uraufführung am 3. Juni:
Zur 25. Mai!

Theater-Theater.
Für noch weniger Aufmerksamkeiten!
Der Lachschlager
„Otto der Treue“
Anfang 8 Uhr.

Parteiliebhaber
kannst du Barmhütten,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
sich die
Volkswacht

Magerkeit wirkt unschön
Schöne volle Körperformen
durch unser
„Negro-Kraftpulver“
in 6-8 Wochen bis 30 Pfund
Zunahme. Garantiert unschädlich.
Aerztlich empfohlen. Streng reell!
Viele Dankschreiben Preis Karton
mit Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.
Kronen-Apothek, Neue-Schweidnitzer-Str. 3
Kypke-Apothek, Tauenzienstraße 91

Zur Annelieses
und Retzigen, die
innerhalb 14 Tagen
mit Abgang des
Wassers nicht
abgeht, kann ein
Gewicht für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.
Berlag
der
Volkswacht

Bekanntmachung.
Pfänder-Konten am Donnerstag, den 18. Juni 1925,
vormittags 10 Uhr, bis Pfand Nr. 32 000.
Pantengationen werden nur bis zum 16. Juni
angenommen.
Vom 17. Juni, mittags 1 Uhr ab, bis zum
19. Juni, mittags 12 Uhr, ist das Reichhaus für
Annahme und Ausgabe von Pfändern geschlossen.
Städtisches Reichhaus, Diefersgasse 9, Ecke Stodgasse.

Direkt aus Fabrik
ohne jeden Zwischenhandel
liefern wir für
Mk. **230** per Liter
einschließlich Steuer den berühmten
Alten Breslauer
35 %
Unsere in ganz Deutschland berühmten
Edel-Liköre
320 360 per Liter
von Riesenfässern. Flaschen mitbringen.
Dampf-Destillierwerk
Herzberg & Co.
Höcherstraße 48.

**Nicht erst seit heute,
schon seit 70
Jahren ist Opel-Zwieback
Kindern nützlich.**
Er ist leicht zu kauen und bei
Krankheiten, Verdauung als Beikost
von Nutzen und enthält die
Kohlenhydrate und Zuckersäure
Bismut-Kinder in den ersten Jahren.
Sollt Ihr Kind von diesen Kindern
mit von Aufzucht der Kinder-
krankheiten, in Anzeichen und
Brogien sowie Lebensmittels-
handlungen.
OPPEL-ZWIEBACK, LEIPZIG 520
Gesamthandlung und Lager für Breslau:
Carl Kinder, Hohenstraße 23/24,
Telefon: 1. 7028.

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsaustägern.



Eheirungen in der Tierwelt.
Die Dackelschlange.
Der bekannte süddeutsche Hundezüchter Jakob Brüller, dessen
Zuchtprinzip lautet: Ein Dackel muß so lang sein wie ein Güter-
zug, so glatt wie ein Aal und so scharf wie Gift, hat, um so schnell
wie möglich den Idealdackel zu erzielen, eine sehr interessante
Kreuzung zwischen vielfach prämierten Waldläufern und einem
Kreuzotterhengste versucht. Er ist leider dadurch dem Ziele noch
nicht näher gekommen, sondern hat, wie die Abbildung zeigt, weit
darauf hinausgeschossen, und die Dackelschlange erzielt, die zwar
einen genügend schlanken Leib, aber nur kümmerliche Andeutungen
von Beinen hat. Durch weitere geschickte Kreuzungen, und dadurch,
daß er sie kükrolen läßt, hofft er aber, ihr auch noch brauchbare
Füße anzuzüchten.
Planmäßige Fußpflege mit Kükrol ist nämlich das beste so-
wohl für mangelhaft entwickelte, wie für überanstrengte Fortbe-
wegungsorgane. Deshalb
Kükrolen Sie!
Sie werden dann kükrolleicht und elastisch durch Kükrolleben
kükrollaufen. Ihre Füße werden nicht mehr brennen, schwitzen oder
wund werden. Hühneraugen gehören der Vergangenheit an.
Kükrolen fördert die Gesundheit, die Kultur, die Leistungs-
fähigkeit. Brennende, schwitzende Füße machen schlaff, matt und
mühselig. Die meisten Sportgrößen kükrolen eifrig, die elegante
Welt tut es, der Kellner, der Briefträger, der Schupo, das Laden-
fräulein, kurz alle, die viel gehen und stehen müssen, kükrolen.
Zuerst vielleicht aus Neugierde, dann mit Vergnügen, zuletzt mit
Eifer, denn schon nach wenigen Tagen merken sie, was sie dem
Kükrolen zu verdanken haben.
Sie können die drei echten Kükrol-Präparate: Kükrol-Fußbad,
Kükrol-Streupuder und Kükrol-Hühneraugen-Pflaster in jeder
Apothek oder Drogerie einzeln kaufen; zweckmäßiger und billiger
ist es aber,
die Kükrol-Kar-Packung
zu fordern. Sie enthält alles Nötige mit Gebrauchsanweisung.
Geben Sie Ihren Füßen diese Wohlthat! Nehmen Sie uns den Zauber
mit der Dackelschlange nicht übel. Um einer guten Sache Beachtung
zu schenken, muß man zu häufigen Mitteln greifen, und deshalb
werden wir diese Verehrer belohnen. Wenn sie wieder einige
Kükrol-Fußpflege zu überzeugen, daß von dem Nutzen der
Kükrol-Fußpflege zu überzeugen, so erfüllt sie eine gesundheitliche,
wirtschaftliche und kulturelle Mission.
Kükrol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg
Verwaltungsbüro: Reichenstraße • Fabrik: Kükrolstraße.

Achtung!
Vermeidung von Wunden!
Pflaster und Wundheiler sind den offiziellen
Fortschreitungen der Fortschrittsweg für alle
schonenden Gebirge und Umkleiden in großer
Auswahl verfügbar.
Wundheiler
König-Tausend-Bücher
König-Tausend-Bücher
König-Tausend-Bücher
König-Tausend-Bücher
Wundheiler
König-Tausend-Bücher
König-Tausend-Bücher
König-Tausend-Bücher
König-Tausend-Bücher

Druderei
Volkswacht
König-Tausend-Bücher
König-Tausend-Bücher
König-Tausend-Bücher
König-Tausend-Bücher
Arbeitswerk
König-Tausend-Bücher
König-Tausend-Bücher
König-Tausend-Bücher
König-Tausend-Bücher

Berühmte unsere Inzerenten!
**Kräftigste Frauen u. Mädchen,
Männer und junge Burthen,**
mit dem besten...
Herzberg & Co.
Breslau, Diefersgasse 9.

Gewerkschaftsbewegung.

Weitere Beschlüsse im Bundesausschuss des ADGB.

Front gegen den Zollwucher.

Der Bundesausschuss des ADGB beschloß am Sonnabend einstimmig, die Verhandlungen über das gewerkschaftliche Organisationsproblem auszufristen, um den Vorständen der Verbände Gelegenheit zu geben, die dem Ausschuss unterbreiteten Vorschläge noch einmal zu prüfen. Die endgültige Entscheidung über die Vorlagen wird in der nächsten Bundesausschuss-Sitzung vorgenommen werden.

Die vorgestrige Sitzung begann mit der Diskussion der Schutzvorsorge der Regierung. In der Aussprache kam die entscheidende Ablehnung der Regierungsvorlage durch die Zentralvorstände scharf zum Ausdruck. Sie fand in der nachfolgenden Entscheidung ihren Niederschlag. Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die Haltung seiner Vertreter im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die in ihrer Stellungnahme zu einem Zolltarif für den Abschluß von Handelsverträgen waren, den Massenverbrauch in Deutschland nicht zu belasten und dem zollfreien Warenverkehr unter den Völkern die Wege zu ebnen. Wo sie bei den Abstimmungen in der Minderheit blieben, haben sie ihren Standpunkt durch ausführliche Erklärungen begründet.

Die nunmehr veröffentlichte kleine Zollvorlage der Regierung steht im Widerspruch zu dem Standpunkt, der von den Vertretern der freien Gewerkschaften im Bundesausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates festgehalten worden ist. Sie ist unverträglich mit den Lebensinteressen der großen Volksmassen. Sie geht nicht nur bei einer großen Anzahl industrieller Positionen — Eisenwaren, Holzwaren, Textilien — über die vom Zollwucher in seinem Entstehen an die Regierung vorgeschlagenen Zollsätze weit hinaus, sie stellt auch ungemein hohe, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft unmittelbar bedrohenden Agrarzölle vor, Zölle auf Vieh, Fleisch und Mehl, besonders aber die Vorkriegszölle auf Brotgetreide als Mindestsätze. Diese Zollvorlage, zum Gesetz erhoben, würde in ihren Auswirkungen zu einer unerträglichen Lebensverteilung der Arbeiterschaft in weiterer Folge zur Verminderung der Kaufkraft des deutschen Volkes, zur Verhinderung eines aufnahmefähigen Inlandsmarktes, zur Beeinträchtigung der Exportfähigkeit Deutschlands führen.

Außerdem hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an Regierung und Arbeitsministerium das eindringliche Ersuchen gerichtet, dem Drängen der Arbeiterschaft nach einem Ausgleich ihrer Lebensverteilung mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt hiermit scharfsten Einspruch gegen eine Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite durch Schutzzölle die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verteuert, auf der anderen Seite einen Ausgleich in Form von Lohnsteigerungen ablehnen möchte. Er fordert insbesondere Schutz für alle industriellen Rohstoffe, Halbzeuge und notwendigen Bedarfsgegenstände, ferner für Brotgetreide und alle wichtigen Lebensmittel, besonders Mehl und Kartoffeln, Schlachtvieh und Fleisch und für alle notwendigen Futtermittel. Er richtet an Regierung, Reichsrat und Reichstag das dringliche Ersuchen, die Zollvorlage in diesem Sinne umzugestalten und weiterhin Vorkehrungen zu treffen, daß in den Handelsverträgen nicht Industrieszölle festgelegt werden, die zur Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung führen. Der Aufbau der Wirtschaft in Deutschland erfordert gebieterisch eine Wirtschaftspolitik, die das einzig höchste Gut des deutschen Volkes, die Arbeitskraft, schützt und stärkt.

Die Zentralvorstände haben sich im Geiste dieser Entscheidung einstimmig bereit erklärt, sich an der planmäßigen Abwehraktion gegen die schutzzöllnerischen Bestrebungen von Regierung, Industrie und Landwirtschaft nachdrücklich zu beteiligen und für diese Zwecke 10 Pfennige pro Mitglied zu bewilligen.

Der Bundesvorstand beschloß, im Bundesbureau eine Abteilung für Gewerbehygiene zu errichten. Von der weit überwiegenden Mehrheit der Mitglieder wurde anerkannt, daß durch diese Erweiterung des Bundesbureaus nicht nur einem dringenden und häufig empfundenen Mangel abgeholfen wird, sondern daß es sich hier um einen Kreislauf handelt, der wirksam nur von der Bundesleitung in Angriff genommen werden kann. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß die Delegierten sich für die aus diesen Gründen notwendige Erhöhung der Bundesbeiträge bei ihren Vorständen einsetzen werden.

Der Ausschuss wandte sich dann der Erörterung der Anträge zu, die der Bundesvorstand zur Änderung der Bundesleistungen eingebracht hat. Teilweise handelte es sich um rein redaktionelle Änderungen; zum Teil um Vorschläge, die eine Vereinfachung der Verwaltung bezwecken. Ueber die vor-

geschlagenen Änderungen wird endgültig erst in der nächsten Ausschusssitzung entschieden werden.

Am Schluß der Tagung beschäftigte sich der Ausschuss mit einer von der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten eingebrachten Vorlage zur Einrichtung eines Sparvereins zunächst im Kreise der Gewerkschaftsmitglieder. Die Vorlage wurde vorläufig zur Kenntnis genommen. — Die nächste Bundesausschusssitzung wird am 3. und 4. Juli stattfinden.

Der Kampf der Holzarbeiter.

Köln vor der Ausperrung. — Gute Stimmung der Kölner Kollegen.

Die geplante Generalausperrung der Holzarbeiter wirkt auch im Rheinland ihre Schatten voraus. Für Köln ist das Schnittholz für diese Woche gekündigt worden. Offiziell verläutelt von einer Ausperrung noch nichts, doch lassen zuverlässige Informationen der Kölner Verwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes darauf schließen, daß auch die Kölner Arbeitgeber sich dem unfürsinnigen Beschlusse anschließen werden. Eine große Vertrauensmänner-Versammlung, in der alle Betriebe vertreten waren, hat am Donnerstagabend die Abwehrmaßnahmen vorbereitet. Unter den rheinischen Holzarbeitern herrscht eine vorzügliche Stimmung. Sie sind auf den Antritt des Unternehmertums gerichtet. In einer Entschlossenheit bringen sie sogar zum Ausdruck, daß sie sich nicht auf die Abwehr beschränken werden, sondern den ihnen aufgezwungenen Kampf dazu benutzen wollen, um sich menschenwürdige Lohnsätze zu erzwingen.

Unternehmerprofit.

180 Mark je Schicht an einem einzigen Arbeiter.

Der „Vorwärts“ berichtet: Das ist keine im Kopf eines unternehmerischen Agitators entstandene Phantasieblase, sondern eine durchaus ernsthafte Angabe eines Vertreters der Firma Siemens-Schudert, die einen Prozeß gegen einen Arbeiter führt, wodurch gerichtlich festgestellt werden soll, daß die Firma an diesem Arbeiter in zwei Tagen 360 Mark verdient haben würde, wenn er nicht der Arbeit ferngeblieben wäre. Es handelt sich um folgenden Tatbestand:

Ein von der Firma Siemens-Schudert entlassener Arbeiter (Gummimischer) hatte ein Gewerbeurteil erstritten, wonach ihm die Firma entweder weiterbeschäftigen oder mit einer bestimmten Geldsumme entschädigen mußte. Nach diesem Urteil hat sich der Arbeiter der Firma zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses an und erhielt den Bescheid, sich am 24. April zur Arbeit einzufinden. Am 26. April erhielt die Firma die schriftliche Mitteilung des Arbeiters, er verzichte auf die Weiterbeschäftigung, weil er inzwischen eine andere Arbeitsstelle gefunden habe. — Hieraus ergab sich für den Arbeiter, daß er von Siemens-Schudert den Lohn vom Tage seiner Entlassung bis zum Antritt der neuen Arbeitsstelle zu fordern hatte. Als er diese Forderung beim Gewerbegericht einlegte, antwortete die Firma mit einer Gegenklage, wodurch sie von dem Arbeiter einen Schadenersatz von 360 Mark fordert und die Forderung so begründet: Durch das Angebot des Klägers, bei der Firma wieder in Arbeit zu treten und die Erklärung der Firma, er solle am 24. April wieder anfangen, sei ein Arbeitsvertrag zustande gekommen, den der Kläger gebrochen habe. Am 24. und 25. April sei er an der Arbeitsstelle erwartet worden. Da er nicht kam, habe die von ihm zu betrieblende Maschine zwei Tage stillstehen müssen. Der Kläger hätte in dieser Zeit mit der Maschine 360 Kilo Gummimischung herstellen können. Der Wert dieser Arbeitsleistung belaufe sich auf 360 M., also habe der Kläger, indem durch seinen Vertragsbruch die Maschine zwei Tage stillstehen mußte, der Firma einen nicht wieder nachzuholenden Produktionsausfall im Werte von 360 Mark verursacht.

Das Gericht erkannte die Lohnforderung des Klägers als berechtigt an, wies aber die Schadenersatzforderung der Firma ab mit der Begründung: Der Kläger wäre zwar verpflichtet gewesen, der Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachzukommen, aber der Schadenersatzanspruch der Firma sei nicht ausreichend begründet, da er sich lediglich auf den Produktionsausfall stütze und gar nicht behauptet werde, daß dadurch Verletzungen oder sonstige Verpflichtungen der Firma nicht innegehalten werden konnten.

Der Vertreter von Siemens-Schudert erklärte, daß er aus prinzipiellen Gründen gegen das Urteil Berufung einlegen werde. Wie sich aus dem Landgericht zu der Schadenersatzforderung stellen mag, so können sich doch die Arbeiter, wenn sie Lohnsteigerungen fordern, auf die Angabe eines Unternehmervertreters berufen, wonach an einem Arbeiter in einer Schicht 180 Mark Unternehmerprofit erzielt werden.

Kommunisten als Streikbrecher.

Köln. (Eigener Drahtbericht.) Die von Kommunisten stark durchgeführte Köln-Merheimer Straßenbahn-Betriebswerkstätte, deren Betriebsrat durchweg aus „Oppositionellen“ zusammengesetzt ist, hat sich gegen die von den Kölner Holzarbeitern in den Metallbetrieben durchgeführte Lohnbewegung einen Dolchstoß erlaubt. Der diese Gewerkschaftler zu direkten Streikbrechern stampft. Seit einiger Zeit streifen die Holzarbeiter in den bekannten Waggonfabriken Binte-Hofmann und Van der Zypen. In diesen Tagen wurden mehrere Waggon zur Anbringung von Beschlüssen, eine Arbeit, die sonst von den Holzarbeitern ausgeführt wird, in die Straßenbahnwerkstätte übergeführt. Die in der Werkstatt beschäftigten Schreiner verweigerten die Streikarbeit. Daraufhin hat der „oppositionelle“ Betriebsrat Penner die Schloßer zur Ausführung der Streikarbeit veranlaßt.

15. Verbandstag der Freigeurgenossen.

Der im Jahre 1889 gegründete Arbeiterverband des Freigeurgenossen hat seinen 15. Verbandstag zum 15. Juni ins „Friedrich-Ebert-Heim“ (Schloß Lärnig) einberufen. Die Tagesordnung sieht unter anderem Referate vor

über den Wiederaufbau der Sozialpolitik und über die Genossenschaftstage im Freigeurgenossen.

Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht umfaßt die Jahre 1921 bis 1924. In zwei Hefen kommt der höchste Grad der Scheinblüte und das tiefste Inflationsniveau zum Ausdruck. Im ersten Berichtsjahr 1921 wurden 100 000 Beiträge geleistet, im zweiten Berichtsjahr 1922 dagegen nur 50 000. Die Beschäftigung im Freigeurgenossen verlor sich dabei eine ganze Reihe von Ländern mit Gehilfen, vor allem die Schweiz und England. Dabei blieben in Deutschland trotzdem häufig noch so viele Gehilfen-Rückstände, daß sich in den Großstädten ein übermäßiges Schisma der Gehilfenbeschäftigung des Sonnabends und Sonntags zur Ausbilde herausbildete. Wovon diese „Ausbildeten“ an den übrigen fünf Tagen lebten, was sie die ganze Woche irriden, darum kümmerten sich die Meister und ihre Jünglinge nicht. Nach Kriegsende wurden alle in den Entschädigungsinteressen deutschen Freigeurgenossen in ihr Vaterland abgeschoben. Da sowohl durch den Mangel an Wohnungen und Lebensmitteln, wie durch die unerschwinglichen Preise für Geschäftseinrichtungen der ständige Ausweg des Selbständigwerdens verlegt war, begann eine allgemeine Berufslucht in den Handel und die Industrie. Doch als die Scheinblüte beendet war und der große Abbruch einsetzte, wurden die meisten Berufslüchtigen wieder ihrem ehrenbaren Handwerk zugeführt.

In ihrem jahrzehntelangen Kampf gegen die Verhinderung der Gehilfenorganisation unter der Ministerialhaft Gierings in Preußen gelangen, unterm 2. März 1923 eine einschneidende Verordnung zu erzielen. Obwohl diese Maßnahme im Interesse des gesamten Berufes liegt, verlor ein Teil der Selbständigen dagegen Sturm zu laufen. Zur Gesundung der Berufsvorhältnisse hat auch die Einführung vollständiger Sonntagsruhe in den meisten Großstädten beigetragen, deren schmerzliche Einführung aber, die auch von dem Innungsband der Freigeurgenossen, der bedeutendsten Arbeitgeberorganisation gefordert wird, noch immer auf sich warten läßt.

Der Verbandsvorstand hat auf Grund einer Statistik der Arbeitgeberorganisation versucht, die Zahl der jetzigen Berufstätigen zu ermitteln. Er kam zu dem Ergebnis, daß gegenüber der Berufszählung von 1907 die Zahl der Selbständigen von 41 800 auf 37 745 zurückgegangen ist, die Zahl der Gehilfen von 23 324 auf rund 15 000 und die Zahl der männlichen Belegsätze von 14 050 auf rund 6000. Dagegen weisen die Ziffern der weiblichen Berufstätigen eine verhältnismäßig starke Steigerung auf, und zwar die der Gehilfinnen von 1283 auf 4975 und die der Lehrlinge von 241 auf 2148. Insgesamt würde sich eine Abnahme der Berufstätigen von 80 677 auf 66 578, um 18,3 Prozent, ergeben. Diese Veränderung bedeutet eine wesentliche Gesundung des früher total überlaufenen Freigeurgenossen, die nicht zuletzt dank der Wirksamkeit der Gehilfenorganisation tatsächlich eingetreten ist. Die Arbeitszeit fällt durchweg mit der eiffländigen Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends zusammen, und ist um so viel kürzer als die Essenszeiten lang sind. Soweit eine tarifliche Regelung der Arbeitszeit erfolgt ist, beträgt sie 9 bis 9½ Stunden.

Jetzt zählt der Verband in 53 Zweigvereinen 3520 Mitglieder gegen 2490 bei Kriegsausbruch. Von den 6130 Mitgliedern, die der Verband seit 1901 aufgenommen hatte, blieben ihm 1590, das sind 24,7 Prozent, erhalten. In 31 Tarifverträgen waren Ende 1924 die Arbeitsbedingungen für 9088 beschäftigte Personen geregelt. Die eifflige Tätigkeit der kleinen Organisation wirkt sich weit über ihren Mitgliederkreis auf die gesamten Berufsvorhältnisse recht günstig aus.

Wirtschaft.

Die Deutsche Erdöl-A.G. (Dea)

weist in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1924 einen Reinerwerb von 21 Millionen auf, wovon rund 100 000 Mark dem Reservefonds überwiesen, weitere 100 000 Mark an den Aufsichtsrat vergütet und die restlichen 1,9 Millionen auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Soweit der vorgelegte Bericht Aufschluß gibt, gehört die Deutsche Erdöl-A.G. zu denjenigen Erwerbsgesellschaften, die sehr wahrscheinlich eine ansehnliche Dividende zahlen könnten, es aber für opportun halten, das nicht zu tun. Die Gesellschaft hat, wie wir aus dem Bericht ersehen nicht unbeträchtliche Mittel zur Erweiterung benutzt. So hat man auf der Gewerkschafts-Graß-Bismarck bei Schalle mit dem Abkaufen eines neuen Fördermaschinen (Nr. IX) begonnen und die wertvolle Moedeburger Bergwerks-A.G. (Böschung Königsgrube bei Ranne i. B.) erworben. Weiter hat die Gesellschaft das Handelsgebiet für Motorenbetriebsstoffe ganz erheblich ausgedehnt. Sie begründet das damit, daß der „deutsche Zwischenhandel zusammengebrochen“ sei und sich die Notwendigkeit ergeben habe, „an den Konsumenten selbst heranzutreten“. Der Konzern verfügt heute über ein Netz von rund 3000 Olex-Landstellen. Damit ist ein erheblicher Teil des Kleinverkaufs für Motorenbetriebsstoffe in der Deutschen Erdöl-A.G. und ihren zahlreichen Nebenabteilungen monopolisiert.

Der Geschäftsbericht ist weiter äußerst interessant und bezeichnend für die Stellung des Deutschen Unternehmertums gegenüber den staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, die dem Schutz des Arbeitsfriedens dienen. Der Bericht stellt bei der Besprechung des Geschäftsjahres der Gewerkschaft Graß Bismarck fest, daß die Tariflöhne (Bergarbeiter) im Laufe des Berichtsjahres „von erheblicher Seite um etwa 30 Prozent heraufgehoben“ seien, während die Kohlen- und Kokspreise ebenfalls durch behördliches Diktat um 30 Prozent ermäßigt werden mußten. Der Vorstand betont in seinem Bericht ausdrücklich, daß „dem Werke durch Schlichtungsbereitschaft und Kompromisse mit der Wirtschaftliche unvereinbare Löhne aufgeworben werden“. Das klingt wie eine Abjuration an die bisherige Regelung der Wirtschaftskämpfe, unter der ohne Zweifel das deutsche Unternehmertum nicht schlecht gekostet ist. Denn kein Mensch wird

Interessante Feststellung: Die hygienische, d. h. die vorbeugende, desinfizierende und heil- helfende direkte Wirkung des Odol auf Zähne, Mund, Mandeln und Rachen, wie auch die indirekte auf den Gesamtorganismus, stellt sich nach wissenschaftlichem Urteil und nach tausendfacher praktischer Erfahrung als eine immer umfassendere und tiefere heraus.



